



Roter

„Die herrschenden Ideen einer Zeit waren stets nur die Ideen der herrschenden Klasse.“

Marx/Engels: Aus dem Manifest der Kommunistischen Partei

Brandenburger

Zeitung der DKP | Landesorganisation Brandenburg
Frieden und Freundschaft mit Russland und China!

1-2023

Internet: brandenburg.dkp.de

Weltfriedenstag 2023

Friedenskampf im Zeichen der „Zeitenwende“

Aus dem heutigen Berlin, das einst als Hauptstadt der DDR den Ehrentitel „Stadt des Friedens“ verliehen bekam, erfahren die Menschen in Deutschland und die internationale Öffentlichkeit, dass wir eine „Zeitenwende“ erleben.

Damit verkündet die unter Führung der SPD stehende Koalitionsregierung den Übergang von der Periode der alleinigen Weltherrschaft der USA zu einer Etappe, in der auch Deutschland den Anspruch auf Führungsmacht in den internationalen Beziehungen durchsetzen will.

Dieser konzeptionelle Umbruch ist nicht Folge einer realistischen Analyse der nationalen und internationalen Prozesse, sondern soll das zu Beginn des Jahrhunderts bei der Aggression gegen Jugoslawien offen eingeleitete Streben nach Macht, Einfluss und Herrschaft als alternativlos präsentieren.

Es geht nicht mehr um „Demokratien gegen Diktaturen“, sondern um Machtpolitik. Die BRD ist *offen und aktiv* in den imperialistischen *Konkurrenz-*

kampf um mehr Macht und Einfluss in der Welt eingetreten. Es handelt sich um eine „Zeitenwende“ im Imperialismus, der bekanntlich durch den Kampf zweier Tendenzen gekennzeichnet ist – der einen, die ein Bündnis aller Imperialisten gegen Russland und die VR China im Interesse der Selbsterhaltung dringend erfordert, und der anderen, die die einen Imperialisten den anderen gegenüberstellt.

Es geht um die traditionelle Politik der imperialistischen Expansion und Herrschaft.

Und dieser Kampf verschärft sich – bis zum Krieg. Er schließt immer mehr den Einsatz der Gewalt – auch in Gestalt militärischer Mittel – ein. Das sind die Verhältnisse, die auch den Friedenskampf der Völker zunehmend beeinflussen.

Wer das nicht berücksichtigt, wird die Lage nicht realistisch einschätzen können und zu Fehleinschätzungen kommen. Wer es leugnet, ...

Ein kennzeichnendes Merkmal dieser

DKP aktuell

Für Meinungsfreiheit - Kein Maulkorb für Kriegsgegner

28.07.23: DKP legt Verfassungsbeschwerde gegen die Neufassung des Paragraph 130 Strafgesetzbuch ein. Diese ist ein Verstoß gegen die grundgesetzlich gesicherte Meinungsfreiheit. Der Volksverhetzungsparagraf soll jetzt als Waffe gegen alle die genutzt werden, die sich gegen die Aufrüstungs- und Kriegspolitik und die NATO-Gefolgschaft der Bundesregierung artikulieren.

(Mehr Informationen: <https://www.unsere-zeit.de/verfassungsbeschwerde>)

„Zeitenwende“ besteht in der Durchsetzung des Militärischen (Militarisierung) in der Gesellschaft und Politik der BRD. Der Einsatz des Militärischen bei der Durchsetzung außenpolitischer Ziele führt dazu, dass die Diplomatie in der Außenpolitik verdrängt und schließlich ersetzt wird.

Es ist aber auch eine Rückkehr! Die Geschichte der Außenpolitik des Staates des deutschen Kapitals ist in dieser Hinsicht sehr aussagekräftig. Diese Rückkehr des Militärischen in die deutsche Politik der zwischenstaatlichen Konfliktaustragung soll im Streben der BRD, Führungsmacht in der Welt zu werden, Nachdruck und Durchsetzungskraft verleihen. Auch das hatten wir schon einmal!

Ein weiteres Merkmal der „Politik der Zeitenwende“ besteht darin, die aus den ökonomischen und politischen Konstellationen entstehenden Bedingungen zu nutzen, um das ökonomische Potenzial und die Stellung Deutschlands zu erhalten und zum Zwecke der Zunahme machtpolitischer Rendite zu erhöhen.

--> Fortsetzung auf Seite 2





Der Beginn des Zweiten Weltkrieges als Tag für den Kampf um Frieden

Der 1. September wurde als Weltfriedenstag nach dem „Weltkongress der Kämpfer für den Frieden“, der vom 20. bis 25. April 1949 in Paris stattfand, regelmäßig begangen.

Am 10. Mai 1949 wurde das „Deutsche Komitee der Kämpfer für den Frieden“ gegründet, das im November 1950 in Deutsches Friedenskomitee und am 6. Januar 1953 als Deutscher Friedensrat umbenannt wurde.

Vom Juni 1953 bis 24. Februar 1990 war die Friedensorganisation als Friedensrat der DDR tätig.

Nachfolger wurde im August 1991 der Deutsche Friedensrat e.V.

In der damaligen Sowjetischen Besatzungszone wurde aber schon am 1. September 1946 ein „Weltfriedenstag der Jugend“ begangen.

Seit Beginn der 1950er Jahre wurde in der DDR der 1. September als „Tag des Friedens“ bzw. als „Weltfriedenstag“ bezeichnet, an dem die Menschen ihr Eintreten für den Frieden demonstriert haben.

In der BRD wurde dieser Tag als „Antikriegstag“ begangen. Die Initiative für diesen Gedenktag ging vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) aus, der erstmals am 1. September 1957 unter dem Motto „Nie wieder Krieg“ zu Aktionen aufrief. ■ AL

--> Fortsetzung von Seite 1

Die bestehenden und neu zu schaffen den Abhängigkeitsverhältnisse anderer Staaten gegenüber Deutschland und die wirtschaftliche Macht Deutschlands sollen erhalten und ausgebaut werden, damit die Wirkung von politischem Druck und ökonomischem Zwang (z.B. Sanktionen) aktiv und wirksam mit dem militärischen Instrumentarium verbunden werden kann.

Dem deutschen Machtstreben soll erhöhte Wirksamkeit verliehen werden – aber nicht für mehr Frieden und Sicherheit und mehr Zusammenarbeit gleichberechtigter Staaten!

Und schließlich muss man drittens feststellen, dass mit dieser Entwicklung die Desinformation und Manipulation einen noch größeren Raum einnehmen. Man will objektive Prozesse verhindern. Da das schwierig sein dürfte, soll verhindert werden, dass breitere Kreise der Bevölkerung das Wesen der ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Prozesse erkennen und vielleicht auch noch Konzeptionen entwickeln, wie man ihnen begegnen kann, und das auch noch organisiert!

Dazu wurde die sogenannte „Chaos-Theorie“ entwickelt, auf deren Grundlage chaotische Zustände provoziert bzw. organisiert, alte und neue Konflikte geschürt werden, um alternative, souveräne Entwicklungswege der Völker und selbständige Außenpolitik der Staaten zu untergraben.

Die Einmischung in die inneren

Angelegenheiten anderer Staaten durch NGO's, Geheimdienste und durch Einsatz zielgerichtet vorbereiteter Personen in Regierungs- und anderen Schlüssel-funktionen wird zum politischen Alltag.

Die Praxis im osteuropäischen Raum, in den ehemaligen Sowjetrepubliken, aber auch in westeuropäischen Staaten (einschließlich Deutschland) und darüber hinaus ist weitgehend schon jetzt davon gekennzeichnet.

In der BRD werden zum Beispiel die von der jetzigen Regierung erarbeitete Nationale Sicherheitsstrategie, die Anti-Russland und Anti-China-Strategien usw. weitgehend davon bestimmt. Sie sollen, wie Lars Klingbeil, Vorsitzender der SPD erklärte, bewirken, dass Deutschland „nach knapp 80 Jahren der Zurückhaltung heute eine neue Rolle im internationalen Koordinatensystem“ spielt.

Es soll eine neue Konzeption sein, aber auf alten Grundlagen aufgebaut!

Ihr grundlegender Bezug ist der im Imperialismus zunehmende Konkurrenzkampf um Macht und Herrschaft und nicht maßvolle und auf Ausgleich mit anderen souveränen Staaten ausgerichtete Zusammenarbeit.

Die politische Führung der BRD zeigt, dass sie sich von einer realistischen Außenpolitik immer weiter entfernt!

Beherrzen wir deshalb die Erkenntnis von Heinrich Mann: Die Vernunft siegt nie von selbst, sie muss erkämpft werden! ■ AL

**„Zu sagen was ist, bleibt die revolutionärste Tat.“
Rosa Luxemburg**

unsere zeit
Sozialistische Wochenzeitung
Zeitung der DKP
www.unsere-zeit.de | www.uzshop.de



JETZT 6 WOCHEN PROBELESEN!
Das Abo ist gratis und endet automatisch.
E-Mail: abo@unsere-zeit.de
Tel.: 0201 - 177889-23 Fax: -28

Moneda und Maidan

Wenn Faschisten die „regelbasierte“ neoliberale Ordnung herbeiputschen

Am 11. September, drei Stunden vor seinem Tod, musste der demokratisch gewählte Präsident Chiles, Dr. Salvador Allende, während der Verteidigung seines Amtssitzes La Moneda in seiner letzten Rede konstatieren: „... der Faschismus zeigt sich bereits seit vielen Stunden in unserem Land.“

Über den einzigen noch verfügbaren regierungstreuen Rundfunksender, dem der Kommunisten, erfuhr die Welt, worum es den Putschisten ging - um „Profite und ... Privilegien, ... die die kapitalistische Gesellschaft einer kleinen Anzahl der Ihrigen bietet.“

Der Putschisten-Führer Pinochet erklärte wenige Tage später einem Time-Korrespondenten, es sei eben notwendig, „dass Demokratie hin und wieder in Blut gebadet werden muss“.

Weltweit brach ein Empörungsturm angesichts dieses brutal exekutierten Sturzes einer in jeder Hinsicht legitimierten und durchaus erfolgreichen Regierung des Volkes los, nicht zuletzt in beiden deutschen Staaten.

In der DDR gingen Tausende Menschen spontan auf die Straße, ohne dass ihnen jemand den so zum Ausdruck gebrachten Antifaschismus hätte verordnen müssen. Damals war noch vielen Menschen bewusst, wie das funktioniert, was man heute als farbige Revolution kennt, welche Rolle der CIA und sonstige Dienste dabei spielen, welche US- und europäischen Konzerne die Nutznießer sind.

Wohl selten waren sich DDR-Regierung und -bevölkerung in einer Sache so einig, wie in diesem Moment. Gemeinsam organisierte man umfassende Hilfe für die von der Junta Verfolgten.

Anders in der BRD: Die Brandt-Regierung äußerte offizielles Bedauern über den Putsch. Nicht wenige nahmen an der Arbeit des Antiimperialistischen Solidaritätskomitees teil, welches elf Tage nach dem Putsch mehr als 10.000 Protestierende in Köln versammelte. Doch ebenso schnell durften Vertreter der Junta die Botschaft in Bonn weiterführen, Entwicklungshilfe entgegennehmen und Wischniewski als ersten ausländischen Parlamentarier, der nach dem Putsch in Chile eintraf, umarmen.

Noch unverhohlener begrüßten die „christlichen“ Parteien den Junta-Terror. Der CDU-Generalsekretär kommentierte seinen Besuch im Nationalstadion von Santiago, in dem Tausende gepeinigt wurden, mit der zynischen Einschätzung, „dass das Leben [dort] bei sonnigem Wetter recht angenehm“ sei. Und das CSU-Blatt Bayernkurier schätzte ein, „das Wort Ordnung [habe] für die Chilenen plötzlich wieder einen süßen Klang.“

Süße Klänge vernahm 40 Jahre später nunmehr die große Mehrzahl bundesdeutscher Medienvertreter vom Maidan.

Wandbild der Malbrigade „Pablo Neruda“, das Putsch und Widerstand thematisiert (Kassel, 1977)



Von dort aus putschte ein durch Faschisten angeführter Mob den ebenfalls demokratisch gewählten Präsidenten aus dem Amt.

Diesmal ging es nicht darum, einen heldenhaften Interessenvertreter der arbeitenden Menschen aus dem Amt zu jagen. Ziel war vielmehr alles zu eliminieren, was noch zu starke Bezüge zur alten Sowjetunion hatte, und so den neoliberalen Vormarsch von USA und EU zu stark behinderte.

Trotz dieser Spezifik folgt der Systemchange einem ähnlichen Muster.

Erstens ging es in beiden Fällen darum, neoliberale Kapitalherrschaft mit faschistischen Methoden durchzusetzen. Den Pinochet-Schergen folgte der Einmarsch der Chicago-Boys. In der Ukraine rissen sich internationale Agrarmultis große Teile fruchtbaren Bodens unter den Nagel. Selenskyj schlif Arbeiterrechte wie kein zweiter zuvor.

Zweitens diente als Basis ein aus westlichen Ländern importierter Faschismus, der jahrzehntelang über Militärberater (so z. B. für die OUN) und Auslandsdeutsche (so z.B. in der chilenischen Militärführung und in faschistischen Organisationen wie Patria y Libertad), vor allem aber über Geheimdienst gesteuerte Emigrantorganisationen installiert wurde.

Drittens zeigen sich selbst vermeintlich linke Kräfte bis hinein in einschlägige Stiftungen offen für die Zusammenarbeit mit Faschisten, so z. B. weil man angeblich auf deren Organisationskraft nicht verzichten könne.

Letztendlich erodieren gerade dadurch die ohnehin neoliberal unterwanderten linken Strukturen und der gesamte gesellschaftliche Diskurs verschiebt sich immer weiter nach rechts – die Faschisten werden hoffähig, und zwar in allen an dieser Wechselwirkung beteiligten Ländern.

Viertens sollen durch möglichst blutige Bürgerkriege Bevölkerungsgruppen, bei denen man ein besonders hohes Widerstandspotential vermutet, auf lange Zeit eingeschüchtert werden.

Eine perfide Strategie, die scheitern wird, wenn konsequent die Lehren aus der Geschichte gezogen werden.

In seiner eingangs zitierten letzten Rede zeigte sich auch im Angesicht tödlicher Bedrohung Salvadore Allende darin gewiss, „dass sich früher oder später ... erneut die großen Straßen auftun werden, auf denen der würdige Mensch dem Aufbau einer besseren Gesellschaft entgegengeht.“ Vor der Moneda, am Maidan und überall auf der Welt. ■ JM



Die Arbeiterpartei

Vor unseren Augen führt eine handvoll von Superreichen, die Besitzer der Banken und Konzerne, einen Kampf gegen die übergroße Mehrheit der Lohnabhängigen und Erwerbslosen.

Für diesen Klassenkampf haben diese Superreichen einen Politikbetrieb, einen Staat inklusive Polizei und Militär und nicht zuletzt Medien, die ihre Profitinteressen durchsetzen und propagieren.

Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) bezieht in diesem Klassenkampf Position für die Lohnabhängigen und für ihre Interessen.

Kommunisten leisten Widerstand:

Gegen die Ausweitung des Niedriglohnbereichs und das Hartz-IV-Regime; gegen eine weitere Absenkung der Renten und die Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge; gegen Aufrüstung und für Frieden mit China und Russland.

Wir sehen in der DDR die größte Errungenschaft der arbeitenden Bevölkerung in Deutschland und verteidigen ihr Erbe.

Uns eint in der DKP die Einsicht, dass die Interessen des arbeitenden Volkes nur dauerhaft gesichert werden können, wenn die Banken und Industriebetriebe dem Privatbesitz der Reichen entzogen und in Gemeineigentum überführt werden.

Die Reichen haben sich gut organisiert. Deshalb müssen sich die Lohnabhängigen besser organisieren: In den Betrieben, in ihren Stadtteilen und Gemeinden – in der DKP. Mach mit!

 Den Roten Brandenburger per Mail beziehen oder verteilen?

Einfach eine Mail schreiben an: brandenburg@dkp.de

Impressum und Kontakt

DKP-Landesorganisation Brandenburg
Carl-Reichstein-Straße 2
14770 Brandenburg
Mail: brandenburg@dkp.de
Internet: brandenburg.dkp.de
V.i.S.d.P.: W. Richter - c/o DKP Brandenburg -
Carl-Reichstein-Straße 2 - 14770 Brandenburg

„Air Defender 23“ - NATO im Kriegsmodus

Das Szenario: Ein fiktiver Feind, natürlich aus dem Osten, besetzt Teile der BRD. Die NATO ruft den Bündnisfall aus. Bomber steigen auf. „Unsere Werte“ werden verteidigt. Alles unter Führung der Bundeswehr. Die propagierte „Zeitenwende“ kommt voran.

Vom 12. bis 23. Juni fand „Air Defender 23“, das bis dahin größte Luftwaffenmanöver seit Bestehen der NATO statt. Der Luftraum im Osten Brandenburgs war besonders betroffen. Das bereits seit 2018 geplante Manöver wurde erstmals durch die Bundeswehr koordiniert und die BRD diente als Drehscheibe der Kampfeinsätze Richtung Osten.

Anstatt Diplomatie zur Beendigung des Krieges in der Ukraine sendete das Manöver an der Westgrenze Russlands ein erneutes Signal der Kriegsvorbereitung

der NATO gegen Russland (und China) aus. Dagegen regte sich Protest im Land Brandenburg (s. u.).

Die Friedensbewegung nimmt den nächsten Anlauf, um den Widerstand gegen die Kriegspolitik der Bundesregierung zu stärken. Sie ruft dazu auf, vom 1.-3. Oktober in möglichst vielen Städten gegen Hochrüstung und ein Ende des Krieges in der Ukraine auf die Straße zu gehen. **Die Waffen nieder - NEIN zum Krieg.** ■ TS



Kriegsgegner in Aktion

Am 17. Juni 2023 beteiligten sich rund 700 Friedensfreunde an der zentralen Protestkundgebung gegen „Air Defender 23“ und dem „Tag der Bundeswehr“ in Brandenburg an der Havel. (organisiert von bündnis-für-frieden.de)

Ich möchte:

- Den Roten Brandenburger zugeschickt bekommen, um ihn in meinem Umfeld zu verteilen.
- Kontakt zur nächsten DKP-Gruppe in meiner Nähe.

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Wohnort

E-Mailadresse

Bei Interesse Box ausfüllen, ausschneiden und in einem ausreichend frankierten Briefumschlag schicken an: DKP Brandenburg, Carl-Reichstein-Straße 2, 14770 Brandenburg – Oder E-Mail an: brandenburg@dkp.de

Ich möchte die DKP Brandenburg finanziell unterstützen.

Sparkasse Märkisch-Oderland, IBAN: DE86 1705 4040 3000 3558 20

